

Roland Koch: „Versprochen – gehalten!“

Der Hessische Ministerpräsident Roland Koch hat am 30. September 2002 den hessischen Bürgerinnen und Bürger in einer Rede im Hessischen Landtag zugesagt: *„Wir werden als Landesregierung die Koalitionsvereinbarung, die die Basis unserer Zusammenarbeit in den letzten vier Jahren war, erneut veröffentlichen. Wir werden sie veröffentlichen, indem wir jedes einzelne Wort rot, gelb oder grün unterlegen. Rot sind die Dinge markiert, die wir nicht gemacht haben. Gelb unterlegt sind die Punkte, bei denen wir bis zum Ende der Legislaturperiode die Arbeiten noch abschließen werden. Grün unterlegt sind die, die wir erledigt haben... Es wird das grünste Programm, das es je in Hessen gegeben hat, weil wir gehalten haben, was wir versprochen haben.* Und er hat diese Zusage erfüllt, wie die vorliegende Internetpräsentation zeigt.

Rot-Grün im Bund braucht Kontrolle!

In Hessen wird am 2. Februar 2003 von den Bürgerinnen und Bürgern ein neuer Landtag gewählt. Dieser Urnengang ist in zweierlei Hinsicht bedeutungsvoll: Zum einen und in erster Linie natürlich für Hessen selbst, denn die Wählerinnen und Wähler müssen entscheiden: Wollen sie, dass die amtierende CDU/FDP-Landesregierung ihren erfolgreich eingeschlagenen Kurs weiterführt oder entscheiden sie sich für ein politisches Konzept aus der Vergangenheit, eine Politik des Mittelmaßes, die jegliche Leistungsorientierung vermissen lässt – kurz gesagt: entscheiden sie sich für die rot-grüne Politik des Zögerns und Zauderns? Zum anderen ist die Wahl in Hessen natürlich auch von bundespolitischer Tragweite. Tag für Tag erreichen uns von der rot-grünen Bundesregierung aus Berlin neue Hiobsbotschaften: Steuererhöhungen, wachsende Staatsschulden, eine wachsende Belastung der öffentlichen Kassen und der Sozialsysteme – dies sind nur einige Beispiele von vielen. Rot-Grün im Bund braucht Kontrolle! Dieser Kontrollpflicht – dies ist wohlgemerkt keine Blockade – wird Hessen im Bundesrat zum Wohle der Bürger nachkommen.

Im Gegensatz zur amtierenden Bundesregierung hat die CDU/FDP-Landesregierung in Hessen Punkt für Punkt das erfüllt, was sie bei ihrem Amtsantritt 1999 den Menschen versprochen haben. So hat sie – lange vor der PISA-Studie - dafür gesorgt, dass der Bildungspolitik höchste Priorität eingeräumt wird und den Bürgerinnen und Bürgern zugesagt, dass Ihre Kinder wieder den Unterricht erhalten, der Ihnen zusteht. Diese Zusage wurde eingelöst. Mit 2.900 zusätzlichen Lehrerstellen wurde nicht nur frischen Wind in

Hessens Schulen gebracht, sondern vor allem die von der rot-grünen Vorgängerregierung übernommenen 100.000 ausgefallenen Unterrichtsstunden pro Woche abgebaut. Hessen ist das einzige Land in Deutschland, in dem es die Unterrichtsgarantie gibt. Zudem wurde auch schon in der ersten Legislaturperiode damit begonnen, die Qualität des Unterrichtsmaßgeblich zu verbessern. So hat die Landesregierung in den Jahrgangsstufen 6, 8 und 10 verbindliche Jahrgangsarbeiten in den Kernfächern und mit der Änderung des Hessischen Schulgesetzes vergleichende Leistungstests eingeführt. Die Ergebnisse der landesweiten Mathematik-Tests an allen Schulen werden veröffentlicht, damit Wettbewerb zwischen Schulen möglich wird. Und während es unter der rot-grünen Vorgängerregierung noch möglich war, mit fünf Fünfen versetzt zu werden, haben CDU und FDP für klare Regeln gesorgt: Eine Note 5 in einem Hauptfach kann nur noch durch eine 2 oder zweimal die Note 3 in einem Hauptfach ausgeglichen werden. Zurzeit ist die Landesregierung dabei, in allen Regionen neue Ganztagsangebote zu schaffen; Kultusministerin Karin Wolff hat erst kürzlich mit Beginn des neuen Schuljahres für 40 neue Ganztagsangebote in Hessen den Startschuss gegeben.

Auch ist es wie angekündigt gelungen, die Sicherheit in Hessen maßgeblich zu verbessern. Unter der Federführung von Innenminister Volker Bouffier hat diese Landesregierung dafür gesorgt, dass Verbrecher auf der Basis der bestehenden Gesetze konsequent bestraft und zum anderen solch effektive Maßnahmen wie der Freiwillige Polizeidienst, die Schleierfahndung, die Videoüberwachung oder auch die Wachpolizei eingeführt werden. Mit Erfolg: Die Kriminalität in Hessen ist 2001 um 2,5 Prozent gesunken, während Sie bundesweit um 1,6 Prozent gestiegen ist! Auch die Arbeitsbedingungen der hessischen Polizistinnen und Polizisten wurden als Voraussetzung für ein Mehr an Sicherheit verbessert und die größte Modernisierungsoffensive in der Geschichte der hessischen Polizei gestartet. 10.200 neue Computer wurden an die Polizeidienststellen bereits ausgeliefert; im Moment ist das Innenministerium dabei, den Fuhrpark der Polizei mit 1300 neuen grün-silberne Streifenwagen auf den neuesten Stand zu bringen, um flüchtende Straftäter rasch dingfest machen zu können. Auch im Strafvollzug ist dank der konsequenten Arbeit von Justizminister Christean Wagner ein Kurswechsel nach dem Motto „Keine Privilegien für Straftäter“ erfolgt. So ist unter dieser Landesregierung die Zahl der Hafturlaube von 1998 bis 2001 um fast 66 Prozent gesenkt worden. Weniger Hafturlaube heißt weniger Missbräuche – deren Zahl sank drastisch um nahezu 91 Prozent. Das heißt im Klartext: Mehr Sicherheit für Hessens Bürgerinnen und Bürger !

Wie versprochen wurden darüber hinaus der Fokus erfolgreich auf die Wirtschaftspolitik gerichtet: 2001 war das Wirtschaftswachstum in Hessen mit 1,5 Prozent mehr als doppelt so hoch als im gesamten Bundesgebiet (0,6 Prozent), dies war das beste Ergebnis im Ländervergleich. Bemerkenswert ist, dass Hessen die beiden Erfolgsländer Bayern und Baden-Württemberg überholen konnten. Und – was eng damit zusammenhängt – dieser Landesregierung ist es gelungen, die Arbeitslosigkeit in Hessen erfolgreich zu bekämpfen: Von April 1999, dem Zeitpunkt des Regierungswechsels, bis Mai 2002 ist die Zahl der Arbeitslosen in Hessen um 14,4 Prozent zurückgegangen. Diese Politik des wirtschaftlichen Wachstums eng gekoppelt mit der Schaffung von Arbeitsplätzen sollen fortgesetzt werden. Zahlreiche Projekte werden daher zurzeit zügig vorangetrieben, beispielsweise der Ausbau des Frankfurter Flughafens, denn dieser ist für die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze und damit für die Zukunftsfähigkeit Hessens zwingend erforderlich. Die Landesregierung steht dabei ohne Wenn und Aber zum Gesamtpaket des Mediationsverfahrens, das heißt auch: Ohne Ausbau kein Nachtflugverbot – ohne Nachtflugverbot kein Ausbau! Darüber hinaus wird der Ausbau des Regionalflughafens Kassel-Calden forciert, um auch in Nordhessen die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben, sowie zahlreiche weitere Verkehrsprojekte. Hierzu zählen der Ausbau der A 44, der A 49, der A 66, der B 49 sowie der Mitte-Deutschland-Verbindung. Die Mittel für den Landesstraßenbau wurden zu diesem Zweck im Vergleich zu 1998 (20 Mio. Euro) bereits mehr als verdoppelt (2002: 46 Mio. Euro).

Erfolgskurs wird fortgeführt

Das vorliegende Dokument zeigt: Die Hessische Landesregierung kann eine stolze Bilanz ihrer Regierungstätigkeit vorweisen, doch sie wird sich auf diesen Erfolgen nicht ausruhen, sondern weiterhin entschlossen daran arbeiten, diese Politik auf hohem Niveau zum Wohle des Landes und der hier lebenden Bürgerinnen und Bürger fortzuführen. Dass dieser Ansatz bei den Menschen ankommt, beweist der wachsende persönliche Zuspruch, den insbesondere der Hessische Ministerpräsident Roland Koch verstärkt bei seinen Reisen durch ganz Hessen erfährt.

Für die CDU/FDP-Landesregierung gilt im Gegensatz zu Rot-Grün: Wir halten, was wir versprechen! Und: Es wurde bereits viel getan –es gibt aber auch noch viel zu tun!